

Heinz W. Bartels, Haldesdorfer Strasse 117, 22179 Hamburg

Per Email

Herrn

**Dr. Philipp Rösler**

Bundesminister für Gesundheit

c/o Bundesministerium für Gesundheit

Friedrichstrasse 108

10117 Berlin

Hamburg, 27. September 2010

**Zuzahlungsforderung für einen Krankenhausaufenthalt  
Kosten und Kostenverursachung im Gesundheitswesen**

Sehr geehrter Herr Dr. Rösler,  
Sehr geehrter Herr Minister,

bitte erlauben Sie mir, dass ich mich heute an Sie persönlich als Arzt und auch als Minister der Bundesrepublik Deutschland wende. Zu meinem Anliegen will ich Ihnen einen Vorgang zur Einweisung in eine Klinik wie folgt geben:

Nach vielen Jahren suchte ich einen Praktischen Arzt auf; eine offensichtliche Entzündung ging nicht wie von erwartet von selbst weg – sie wurde nach meinem Empfinden immer heftiger. Der Arzt untersuchte das Bein eingehend und teilte mir mit, dass eine **sofortige** stationäre Behandlung in einer Klinik notwendig sei. Auf meine Frage, ob man dies nicht ambulant behandeln könne, bekam ich sinngemäss die Antwort, dass eine ambulante Behandlung zu teuer sei (?). Er bestellte einen Rettungswagen.

Wie ernst er die Angelegenheit sah geht aus den Tatsachen hervor, dass

1. Mein Einwand, dass ich zu Fuss zum etwa 300 Meter entfernten Krankenhaus gehen könne, mit einem absoluten „Nein“ beantwortet wurde.
2. Meine Anmerkung, dass ich einige Sachen aus meiner Wohnung holen wolle (keine 50 Meter Entfernung), entschieden negativ und als unmöglich und nicht zu verantworten beantwortet wurde. Somit wurde ich mit einem Rettungswagen über die Notaufnahme in die Klinik eingewiesen.

In der Krankenhausrechnung wird angeführt, dass ich über die notwendig werdende Zuzahlungspflicht informiert worden sei und ein entsprechendes Merkblatt erhalten habe. Ich kann Ihnen versichern: solche Informationen habe ich **nicht** erhalten.

Als Rentner mit zwei kleinen Renten habe ich ein Einkommen, das eben zum Bestreiten meines Lebensunterhaltes bestreiten.

Wie kann ich da unvorhergesehen 90.- Euro für eine Krankenhausrechnung aufbringen? Haben Sie eine Idee?

Ich will hier nicht um Hilfe bitten oder betteln. Es belasten mich jedoch meine Gedanken, dass ich (unbewusst) eine Leistung in Anspruch genommen habe, von der ich wusste, dass ich sie nicht bezahlen kann. Besonders belastet mich dabei, dass ich das Gefühl habe, dass das Krankenhaus Leistungen erbracht hat, die mir das Gefühl von Sicherheit und Sorge um meine Gesundheit gegeben haben. Menschen – Ärzte, Schwestern, Pfleger, Praktikanten – haben mich umsorgt – und ich kann dafür nicht bezahlen.

Natürlich hätte ich die Aufnahme in die Klinik verweigern können – auf mein eigenes Risiko. Auch hätte ich den Krankenhausaufenthalt auf eigenes Risiko abbrechen können. Kann ein Mensch aber, dem mit einiger Dramatik wie oben geschildert ein Szenario zu seinem Gesundheitszustand geboten wird, eine solche Entscheidung treffen? Die Folgen sind nicht absehbar für einen medizinischen Laien, ganz abgesehen für eventuell notwendige aufwändigere folgende Behandlungen mit höheren Folgekosten.

Da ist erst einmal die Aussage des Arztes „Eine ambulante Behandlung ist zu teuer“ (sinngemässe Wiedergabe). Diese Aussage kann ich nicht beweisen – ich habe den Arzt jedoch in diesem Sinne verstanden. Ich kann mir nur vorstellen, dass die notwendig werdende Behandlung das Budget seiner Praxis zu sehr belastet hätte. Somit ist die Krankenseinweisung eine sehr logische, notwendige Folge für seine wirtschaftlichen Belange.

In Ihrer so genannten „Gesundheitsreform“ sehe ich absolut keine Tendenzen zu einer Reform. Sie ist aus meiner Sicht ein Instrument zum Geldbeschaffen für das System zu Lasten der Versicherten und hier besonders zu Lasten der Versicherten mit geringen Einkommen. Die pharmazeutische Industrie bleibt verschont (cui bono?). Das ist auch nicht verwunderlich: sind es doch Lobbyisten dieser Industriesparte, die in Ihrem Ministerium die Gesetze schreiben.

Wann zwingen Sie diese Industrie, die ihre Einkünfte überwiegend aus dem Gesundheitssystem generiert, zu einer sozialverträglichen Preisgestaltung? „Eigentum verpflichtet“ ist ein wichtiger Satz im Grundgesetz der Bundesrepublik! Einsparungen sind doch hier durchaus möglich: nach bekannten Untersuchungen gibt die Branche für Vertrieb und Marketing doppelt so viel aus als für Forschung. Wozu benötigt eine Branche (Publikums-) Werbung in TV Spots mit sinnlosen Sprüchen wie „Ein Indianer kennt keinen Schmerz“!? Notwendige Arzneien werden doch von Ärzten verordnet und Apothekern empfohlen – und dieser Personenkreis wird ja anlässlich aufwendiger Veranstaltungen (in Begleitung der jeweiligen Lebenspartner) informiert. Auf wesentlich niedrigerem Niveau sind bei Rentnern solche Werbeveranstaltungen auch als Kaffeefahrten bekannt. Ich weiss, der Vergleich hinkt etwas.

## Heinz W. Bartels

Haldesdorfer Strasse 117, 22179 Hamburg – Tel.: 040-64662182

E-Mail: hwbham@googlemail.com

---

Wozu ist dann noch die TV-Werbung erforderlich? Im Vorabendprogramm von ARD und ZDF wird der Zuschauer täglich mit allen möglichen Wundermitteln gegen Verstopfung, Schmerzen und schwache Herzen konfrontiert. Daneben laufen dann noch Spots für die „Apotheken Umschau“ (hämische Zungen nennen das Blatt auch „Rentner Bravo“), ein Werbeblatt für die Pharmaindustrie, in dem eine Werbeseite für zwei monatliche Ausgaben über 100.000 Euro kostet zuzüglich der Produktionskosten. Wozu ist eine aufwendige Werbung notwendig für ein Pamphlet, das kostenlos verteilt wird?

Dann die dumm-dreiste Werbeaussage der „forschenden Pharmaunternehmen“, die für die Gesundheit und zum Wohle der Menschheit forschen. Ich mag das nicht glauben; industrielle Forschung mag auch Fortschritte für die Menschheit bringen, die aber dann vornehmlich den Interessen des Profits und der Shareholder dient.

Sehr geehrter Herr Dr. Rösler, Sie sind Arzt; nach meiner Kenntnis muss der Eid des Hippokrates heute nicht mehr geleistet werden. An seine Stelle ist das Gelöbnis der Genfer Konvention des Weltärztebundes getreten. Darin heisst es:

*„Bei meiner Aufnahme in den ärztlichen Berufsstand gelobe ich feierlich:  
mein Leben in den Dienst der Menschlichkeit zu stellen.*

*(...)*

*Die Gesundheit meines Patienten soll oberstes Gebot meines Handelns sein.“*

Wann handeln Sie als Minister nach diesen Grundsätzen Ihres Berufsstandes als Arzt? Wann sorgen Sie, dass jeder Patient die gleichen Rechte und Möglichkeiten zur Heilung hat unabhängig von seinem finanziellen Status?

*„Mein Gedanke war, die arbeitenden Klassen zu gewinnen, oder soll ich sagen zu bestechen, den Staat als soziale Einrichtung anzusehen, die ihretwegen besteht und für ihr Wohl sorgen möchte“*

So kommentierte Otto von Bismarck, den ich nicht zum Sozialismus neigend bezeichnen möchte, seine Sozialgesetze, und Sie müssen mit den Folgen dieser „Bestechung“ heute leben und die Versprechen erfüllen.

In den vergangenen Wochen ist ein grosser, provokanter Künstler in diesem Land verstorben; ich meine Christoph Schlingensief. Er hat sich nicht angepasst, er hat sich nicht um eines möglichen persönlichen Vorteils wegen gebeugt, er war nicht wie die Mehrzahl der Politiker in diesem Land, die gerne Mitspieler sein wollen auf dem grossen politischen Parkett, dabei jedoch nur Bluffer sind, kleine Kaninchen, die so tun als seien sie grosse Wölfe, beim ersten Zeichen, dass es ungemütlich werden könnte, aber Reissaus nehmen und in die Büsche flitzen.

So sehe ich heute die Mehrzahl der Menschen, die sich Politiker nennen und vorgeben für das Wohl der Bürger (Untertanen?) aufopfernd zu arbeiten.

## **Heinz W. Bartels**

**Haldesdorfer Strasse 117, 22179 Hamburg – Tel.: 040-64662182**

**E-Mail: hwbham@googlemail.com**

---

Durch eine nicht verschuldete Krankheit bin ich kriminell geworden, Herr Minister: man nennt es „Eingehensbetrug“ wenn man eine Leistung in Anspruch nimmt obwohl man sich bewusst ist, diese nicht bezahlen zu können. Wie soll ich mich in Zukunft verhalten sollte es wieder vorkommen, dass für mich ein Klinikaufenthalt notwendig wird? Soll ich „Nein“ sagen und das Risiko in Kauf nehmen – vielleicht elend zu sterben? Ist das die von Ihrer Regierung und Partei so oft herausgestellte soziale Gerechtigkeit?

Ich sehe nur die Bevorzugung Ihrer Klientel und höre grosse Reden. Versuchen Sie doch bitte, dass ich meine Meinung ändern kann! Lange bevor Sie auf dieser Welt weilten war ich ein überzeugter FDP Wähler. Heute verbietet es mir meine Erziehung eine grundsätzliche Meinung über diese Organisation und deren Macher zu äussern und die notwendigen Worte zu gebrauchen.

Mit freundlichen Grüßen

Heinz W. Bartels